

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cöpa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinge, Ködra, Lindhardt, Pomßen, Staßfurt, Tereza n.ö.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 90 Fig., auswärts 1.— Mk. wöchentlich 2.— Mk. 2.—, Reklamazeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühestens nach 8 Uhr. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genuss: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 136

Mittwoch, den 16. November 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Stadtverordnetenwahl.

Innerhalb der gesetzlichen Frist sind die nachstehenden 3 Wahlvorschläge für die Stadtverordnetenwahl eingegangen. Sie werden nach Beschluß des Wahlausschusses zugelassen.

Wahlvorschlag König.

- 1) König, Wilhelm, Lagerhalter, Gartenstraße 11
- 2) Thiemann, Gustav, Färbereimeister, Lange Straße 52
- 3) Schöffler, Robert, Maurer, Erdmannshainer Straße 5
- 4) Reine, Reinhold, Zigarrenmacher, Lange Straße 43
- 5) Bergow, Paul, Eisenhändler, Wurznere Straße 19
- 6) Kerzhner, Oskar, Töpfer, Großleinberger Straße 18
- 7) Pohl, Kurt, Former, Kaiser Wilhelm-Straße 17
- 8) Lunkwisch, Otto, Färbereiarbeiter, Markt 13
- 9) Burkhardt, Paul, Hilfspostkassierer, Gartenstraße 52
- 10) Niemeier, Gustav, Gasanstaltsfeuermann, Leipziger Str. 34
- 11) Köppler, Alfred, Schlosser, Grimmaer Straße 24
- 12) Fröbel, Gustav, Spinner, Lange Straße 29.

Wahlvorschlag Schimpf.

- 1) Schimpf, Walter, Kaufmann, Göbelsstraße 15
- 2) Berfurth, Willy, Baumeister, Dörfstraße 7
- 3) Wendler, Kurt, Kaufmann, Gartenstraße 16
- 4) Diebe, Albert, Eisenbahn-Obersekretär, Bahnhofstraße 18
- 5) Mischewitz, Wilhelm, Buchdruckereibesitzer, Leipziger Straße 11
- 6) Spindler, Max, Lehrer, König Albert-Straße 9
- 7) Wagner, Hermann, Privolmann, Gartenstraße 63
- 8) Arab, Theodor, Bäckereimeister, Grimmaer Straße 15
- 9) Friedemann, Ernst, Oberpostkassierer, Bahnhofstraße 7
- 10) Becker, Johannes, Kaufmann, König Albert-Straße 19.

Wahlvorschlag Krübler.

- 1) Krübler, Ernst, Zigarrenfabrikant, Grimmaer Straße 2
- 2) Brehmer, Arthur, Polizeibeamter, Waldstraße 7
- 3) Sedermann, Wilhelm, Tischler, Lange Straße 28
- 4) Hunger, Robert, Schneidemeister, Grimmaer Straße 25
- 5) Koch, Richard, Gastwirt, Bahnhofstraße 28
- 6) Kackwisch, Emil, Waldwärter, Lange Straße 19
- 7) Gräbner, Oswin, Schlosser, Grimmaer Straße 15
- 8) Graupner, Karl, Weichenwärter, Lange Straße 56
- 9) Golzsch, Hermann, Klempnermeister, Wurznere Straße 8

Die Wähler sind bei Ausübung ihres Wahlrechts an die vorstehenden Wahlvorschläge gebunden. Nur die Stimmzettel, die einem dieser Vorschläge entsprechen, oder mindestens einen Namen, der auf einer der Vorschlagslisten steht, enthalten, sind gültig und werden dieser Liste zugerechnet.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein. Sie dürfen mit keinem anderen Kennzeichen versehen und sollen 9 zu 12 cm groß sein.

Naunhof, am 14. November 1921.

Der Wahlausschuß.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Zuerstfälliges Vernehmen nach beabsichtigt die deutsche Reichsregierung, den Vorschlag der Industrie auf Entlastung der Bahnen abzuweisen.
- Montag wurde der Zentralrat der Deutschen Werke von General Robet, dem Chef der Interalliierten militärischen Kontrollkommission, empfangen zur Besprechung über die geplante Zerstörung der Werke.
- Das Reichspostministerium plant eine weitere Erhöhung der Fernspreckgebühren um 80 Prozent.
- Die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Hirtfelder zum preussischen Wohlfahrtsminister wird amtlich bekanntgegeben.
- An der Montagbörse in Berlin sank der Dollar auf 266 Mark.
- Der Deutsche Beamtenbund erklärte sich gegen die Forderung der Industrie auf Privatisierung der Reichseisenbahnen.
- Das österreichische Bundesheer hat mit der abschließenden Besetzung des Burgenlandes, mit Ausnahme des Oedenburger Abtunungsgebietes, begonnen.
- Die bolschewistische Regierung von Aserbeidschan hat geschlossen, den industriellen Besitz seinen Eigentümern zurückzugeben, ebenso auch die Rapphagaruben.

Überraschung aus Amerika.

Mit den europäischen Abrüstungskonferenzen, die um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts von dem ebenso friedlichen wie schwächlichen Jaren aller Neuen herbeigeführt wurden, hat man auf diesem Kontinent die allerschlimmsten Erfahrungen gemacht. Ein Krieg folgte auf den andern, bis schließlich der große Weltbrand das ganze alte Regierungssystem zusammenstürzte. Nun sollen die Völker es mit einer amerikanischen Abrüstungskonferenz versuchen; welchen Erfolg und welchen Ausgang wird sie wohl haben?

Die amerikanische Diplomatie hat mit einer großen Überraschung eingeleitet: Sie sagte den Slier bei dem

Hörnern, anstatt, wie es in Europa der Brauch war, immer noch ist, ihn zunächst mit lauernden Blicken zu umkreisen. Die Eröffnungssrede zwar, mit der Präsident Hughes die eingeladenen willkommen hieß, bewegte sich noch ziemlich in hergebrachten Bahnen. Er betonte das Recht der einzelnen Völker auf individuelle und nationale Entwicklung und sand viele schöne Worte für das Ziel der Konferenz, das darin bestehen sollte, die Friedensgarantien zu verstärken, die Lasten der Völker zu vermindern und die Ordnung in der Welt wiederherzustellen. Ein „Zusammenschluß der Aufrichtigen“ sollte die Ursache der Kriege vermindern. Aber sein auswärtiger Staatssekretär Hughes, der sofort nach ihm zu Wort kam, ließ die Lage unbedeutend aus dem Saal. Zur Verbilligung der Zuhörer trug er ihnen sofort ein durchgreifendes Programm für die angestrebte Beschränkung der Seerüstungen vor, während er die Landrüstungen zunächst noch aus dem Spiel ließ. Nach seinem Vorschlag sollen Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan 66 Großkampfschiffe mit einem Gesamttonnagegehalt von 1 878 043 Tonnen aus der Liste ihrer Kriegsschiffe streichen. Davon würden auf Amerika 30 Schiffe mit 845 740 Tonnen, auf England 19 Schiffe mit 583 375 Tonnen und auf Japan 17 Schiffe mit 448 928 Tonnen entfallen. Sings es so weiter, so würde die Welt von einem Unglück betroffen werden, dessen Schrecken unbeschreiblich seien. Man stehe vor einer dauernden Kriegsgefahr und müsse demgemäß handeln. Der Staatssekretär ging aber noch einen Schritt weiter und schlug als zweiten Programmpunkt für die Abrüstung die Einleitung einer Schiffsbaupause vor, die sofort beginnen und zehn Jahre dauern solle. Amerika sei, falls man sein Programm annehme, bereit, die 15 Kriegsschiffe, die es gegenwärtig im Bau habe, zu streichen, um allen anderen Nationen mit gutem Beispiel voranzugehen. Nach Ablauf der zehn Jahre soll für die fernere Flottenstärke eine Grundlage von je 500 000 Tonnen für England und die Vereinigten Staaten und von 300 000 Tonnen für Japan gelten. Jedenfalls sei, damit schloß Hughes, jetzt sofortiges Handeln notwendig.

Selbstverständlich, daß die unmittelbaren Konferenzteilnehmer, als Herr Hughes zu Ende war, ihre Fassung nicht verloren hatten, ihre Würde wahren und die von ihnen vorbereiteten Begrüßungsansprachen so von sich gaben, als wäre gar nichts geschehen. Draußen aber, in ihren Heimatländern, fiel doch wohl so mancher, der entschlossen war, alles schön und gut zu finden, was in Washington passieren werde, für einen Augenblick wenigstens zunächst aus der Rolle. Doch blüchneil ist die Überlegung wiedergekehrt, hat man sich erinnert, daß es das Äußerste sei, einzuweisen eine gute Miene zu jedem noch so bösen Spiel zu machen und das Weltweitere vertrauensvoll den notwendigen Sonderverhandlungen in Ausschüssen und Unterausschüssen zu überlassen. Mit der Tatsache, daß diesmal Amerika einen moralischen Vorsprung in der Welt davongetragen hat, der seinen Eindruck bei den Völkern der Erde nicht verfehlen wird, muß man sich wohl abfinden und im übrigen die berühmten Sachverständigen aufmarschieren lassen, die schon oft genug soviel Wasser in vorzügliche Weine zu schütten verstanden, das schließlich nur ein ungefährliches Getränk übrig blieb. Berechnungen werden aufgestellt, Zukunftsentwicklungen in Betracht gezogen werden, man wird die Frage der Seemachtentwicklung nach allen Seiten hin drehen und werden, um nachzuweisen, daß der amerikanische Vorschlag im Grunde ebenso sehr auf intriganten Absichten beruhe, wie viele andere Rüstungsbeschränkungen auch, mit denen die Welt schon des öfteren unterhalten worden ist — und ein Meer von Linte wird abermals vergossen werden, um zu beweisen, daß der Weltfriede so, wie die Herren Amerikaner es sich denken, denn doch nicht auf Erden herbeizuführen sei.

Frägt sich nur, ob diese Herren den Stier, den sie bei den Hörnern gepackt haben, trotz alledem festzuhalten verstehen oder ob sie sich von der europäischen Kollegenchaft überlistet lassen werden. Ein Schauspiel, dem wir Deutsche leider nur als verhältnismäßig unbeteiligte Zeitgenossen beiwohnen können.

Der Vorschlag der Industrie unannehmbar?

Vor der Entscheidung der Regierung. Bei der Reichsregierung soll die Absicht bestanden haben, bereits Montag Stellung zu dem Vorschlag der Industrie auf Privatisierung der Eisenbahnen als Gegenleistung für die Kredithilfe zu nehmen. Eine Sitzung der Regierung fand aber nicht statt. Trotzdem soll über die Haltung, die die Regierung gegenüber den Bedingungen der Industrie einnimmt, kein Zweifel bestehen. Schon jetzt könnte mit ziemlicher Bestimmtheit erklärt werden, daß die Reichsregierung sich durchaus ablehnend verhalten wird, und es gilt nicht als ausgeschlossen, daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen wird, öffentlich das Verlangen der Industrie unumwunden zurückzuweisen.

Rein Moratorium für Deutschland.

Die französische amtliche Agentur Havas erklärt, das erste Ergebnis des Planes der deutschen Industrie sei gewesen, daß die Bande zwischen den englischen und französischen Mitgliedern der Reparationskommission enger knüpft worden seien. In der Reparationskommission wäre nie davon die Rede gewesen, Deutschland für die

am 15. Januar zu leistenden Zahlungen ein Moratorium oder einen Zahlungsausschuß zu gewähren.

Die deutsche Regierung soll übrigens in der Lage sein, die demnächst fälligen Ratenzahlungen zu leisten. Von anderer Seite wird dies bestritten. In Washington ist eine starke Strömung vorhanden, eine Änderung des Schuldensatzungsverfahrens herbeizuführen, das den Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen droht.

Ministerpräsident Braun über die Laae

„Unmögliches darf man von Deutschland nicht verlangen.“
Mülheim (Ruhr), 14. Nov.

Der preussische Ministerpräsident Braun, politisch der Sozialdemokratie angehörend, sprach hier in einer großen Versammlung über die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage. Er sagte, daß der Entscheid über Oberschlesien, durch den wir einen schweren Verlust an Land und Leuten erlitten haben, sehr schmerzhaft für uns sei. Aber am schmerzhaftesten sei der wirtschaftliche Verlust. Wenn es gelänge, eine Atmosphäre der Einsicht in ehemals feindlichen Auslande in steigendem Maße zu erzeugen, so sei das auf die Politik des Kabinetts Birlik und auf die Annahme des Ultimatum zurückzuführen. Die Gegner sehen mit jedem Tage mehr und mehr ein, daß Unmögliches von Deutschland zu verlangen, schließlich den Tod der englischen, französischen und amerikanischen Exportindustrie bedeuten würde. Durch den schlechten Stand der Welt habe in gewissen Kreisen eine Inflationsspekulation Platz gegriffen, die als Folge eine Kaufpanik im Land hervorgerufen habe. Gegen den Kartellwucher müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Die Industrie verlange jetzt die Entstaatlichung der Eisenbahnen. Dagegen müsse sich die Bevölkerung mit aller Energie wenden. Eine Erhöhung der Verbrauchssteuern könne nicht verlangt werden, ehe nicht der Besitz in vollem Maße herangezogen sei. Alle Kräfte der Staatsgewalt müßten eingesetzt werden gegen jene Kreise, die sich gegen die republikanische Verfassung auflehnen wollen.

Die neue Kultur beruhe auf einer Pflicht des Gemeinnsinn. Der Egoismus spiele noch in vielen Kreisen eine große Rolle. Ein Bürgerkrieg würde nichts weiter bedeuten, als einen vollständigen Untergang ganz Deutschlands.

Auch abermals erhöhte Fernspreckgebühren?

Um weitere 80 Prozent. Wie schon bekannt, hat das Reichspostministerium mit dem Verkehrsrat über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren verhandelt. Während über Post- und Telegraphengebühren ein Einverständnis erzielt wurde, hielt der Verkehrsrat die Erhöhung der Fernspreckgebühren für verfrüht, ohne aber an den in Aussicht genommenen Gebührensätzen etwas zu ändern. Inzwischen ist die neue Befehlsgenerhöhung eingetreten. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Gebührensätze um 50 Prozent zu erhöhen. Demzufolge ist im Vergleich zu der Vorkriegszeit bei der Berechnung der künftigen Gebührensätze statt des Verhältnisses 1:10, ein solches von 1:15 zugrundegelegt worden. Die Gebührensätze für den Brief- und Postamtverkehrs- und Päckchenverkehr sind schon veröffentlicht worden. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Fernspreckgebühren soll 80 Prozent betragen. Die Einzelgespräche würden danach auf 45 Pfennig kommen. Die neuen Erhöhungen, die dem Reichsrate vorliegen, müssen weiter auch die Genehmigung des Reichstaats erlangen. Wenn auch der Verkehrsrat sich vorläufig ablehnend verhalten hat, ist es kaum ausgeschlossen, daß die Regierung schließlich auf ihre Pläne verzichtet. Vielleicht werden sie ein Geringes abgeschwächt, treten aber möglicherweise schon am 1. Januar 1922 in die Erscheinung.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Tagung der nationalen Berufsverbände. Die zweite Tagung der nationalen Berufsverbände in Berlin, früher Nationalverband deutscher Gewerkschaften, nahm den Vortrag des Verbandsvorsitzenden über „Gewerkschaft oder Berufsverband“ entgegen. Der Vorsitzende kam zu dem Schluß, daß die nationalen Berufsverbände das Bestreben zur Privatwirtschaft ablegen müßten. Der Verband hat zurzeit 200 000 Mitglieder.

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder. Die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Hirtfelder zum preussischen Wohlfahrtsminister wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Hirtfelder hat sich durch seine Tätigkeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und im öffentlichen Leben einen Namen erworben. Er wurde am 26. April 1876 in Essen geboren und erlernte das Schlosserhandwerk. Im christlichen Metallarbeiterverband wurde ihm am 1. August 1904 der Posten eines Bezirksleiters übertragen. Seit August 1920 ist er dessen Verbandssekretär.

Rückzahlung von Böllen. Die Interalliierte Abrechnungskommission in Koblenz

hat infolge verbreiteter irrtümlicher Gerüchte den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete gebeten, die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß es keineswegs in ihrer Absicht liege, die nach ihren Bestimmungen erhobenen Zölle wieder zurückzuführen. Die ist lediglich bereit, wenn aus irgendeinem Grunde Zölle irrtümlich erhoben worden sind, insbesondere Versehen bei der Tarifierung oder sonst vorgekommen sind, die zu Unrecht erhobenen Beiträge zurückzuführen. Der Antrag muß spätestens bis zum 1. Dezember zu Händen des Zollauschusses der Rheinlandkommission sein.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — ansetzen; „Geld“ — gefucht.)

Währungsplage	14. 11.		12. 11.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Folland . . .	8941,05	8958,55	9790,25	9609,80	170 Mk.
Dänemark . .	4785,20	4794,80	5244,75	5255,25	112 „
Schweden . .	5919,05	5930,95	6483,50	6495,50	112 „
Norwegen . .	3906,15	3813,85	4130,85	4139,15	112 „
Schweiz . . .	4870,10	4879,90	5254,70	5265,30	72 „
Amerika . . .	256,74	257,20	281,71	282,29	4,40 „
England . . .	1008,95	1011,05	1106,85	1108,65	20,21 „
Frankreich . .	1848,15	1851,85	2007,95	2012,05	80 „
Belgien . . .	1778,20	1776,60	1918,05	1921,95	80 „
Italien . . .	1058,90	1061,10	1138,85	1136,15	80 „
D.-Osterr. . .	9,18	9,17	8,88	8,87	85 „
Ungarn . . .	24,87	24,98	24,87	24,98	85 „
Tschechien . .	287,70	288,80	299,10	300,90	85 „

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Rathenau soll in die Regierung zurückkehren.

Bremen, 14. November.

Im weiteren Verlauf des Parteitages sprach Dr. Rathenau über „Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft“. Er verteidigte in der Hauptsache das von ihm getroffene Wiesbadener Abkommen gegen die erhobenen Einwände.

Die unverkennbar bei einem großen Teil der Versammelten zutage tretende Unzufriedenheit der Fraktionen bei den letzten Regierungstritten im Reich und in Preußen brachte schließlich eine Entschließung zuwege, welche die Verschiedenheit der Anschauungen einseitigen überbrückt, wenn auch nicht auflöst. Die Entschließung lautet: „Die Demokratische Partei ist als eine ausgesprochene republikanische Partei gegründet worden. Der Zweck ihrer Gründung und der Inhalt ihres Parteiprogramms sind die Sicherung einer nationalen und sozialen Politik auf dem Boden der Demokratie. Unter den gegenwärtigen deutschen parteipolitischen Verhältnissen ist eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieser Ziele notwendig. Der Parteitag begrüßt die Forderung, die durch gründliche und offenherzige Aussprache erzielt worden ist und spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus.“

Die vorhandene Mißstimmung kam auch zum Ausdruck in der Befragung der Parteimitglieder. Bis her war Peter den Vorständen sowohl des Reiches als des Parteiausschusses. Der Parteitag trennte die Amier und wählte Peter den Vorständen des Parteiausschusses. Zu Vorständen des Reiches wurden gewählt die Abg. Erfelenz-Düsselhof und Fischer-Rön. Ziemlich deutlich wurde auch der Wunsch ausgedrückt, daß Rathenau in die Regierung zurückkehren solle und die Partei fernerhin nicht so rückhaltlos den Interessen der deutschen Volkspartei sich anschließen solle.

Forderungen des Deutschen Mieterbundes.

Dresden, 14. November.

In der hier tagenden Versammlung des Gesamtvorstandes des Bundes deutscher Mietervereine, die aus allen Teilen des Reiches beschickt war, wurde eine Entschließung angenommen, die folgende Richtlinien aufstellt.

Der Bund deutscher Mietervereine vertritt mit aller Entschiedenheit die Beschlüsse der Sozialisierungskommission wegen der Freigabe der Gewerberäume vom Mieterschutz. Eine derartige Freigabe würde der Ausmietung und damit neuer Grundstückspekulation Tür und Tor öffnen. Der Bund verlangt entgegen der Absicht des Reichstages, zunächst die Sozialierung des Wohnungswesens zu erörtern, die sofortige Beratung und Verabschiedung des Reichsmieten- und Mieterschutzgesetzes. Der Bund beschließt, aus dem Deutschen Verein für Wohnungsreform und dem Deutschen Wohnungsausschuss auszutreten, da er eine Zusammenarbeit mit Organisationen ablehnen muß, die sich einer fortschrittlichen Entwicklung des Wohnungswesens stark entgegenstellen. Der Bund erwartet von Reichstag und Reichregierung, daß sie die Interessen der Mieterschaft nachdrücklicher als bisher vertreten und die von den Vertretern des Hausbesitzes offenbar beabsichtigte Verschleppung einer umgehenden Neuregelung des Wohnungswesens nicht dulden. Er warnt vor einer Verknüpfung des Erstes der Lage, der mit Unmöglichkeit aus der sich innerhalb der Mieterschaft bemerkbar machenden, täglich wachsenden Unruhe spricht.

Schlusssitz.

Drachnachrichten vom 15. November.

Wirtschaftsbehörden im besetzten Gebiet.

Berlin. Vom preussischen Kultusministerium ist auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei folgende Antwort erteilt worden: Die Kosten der Wirtschaftsbehörden für die Lehrer und Lehrerinnen in den besetzten Gebieten sind zu 80 Prozent vom Reich übernommen worden. Die restlichen 20 Prozent müssen von den Schulverbänden der besetzten Gebiete getragen werden. Der preussische Staat kann bei seiner ersten Finanzlage über den Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen hinaus Kosten nicht übernehmen.

Die Erhebung der jüdischen Kultussteuern.

Berlin. Dem preussischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Übertragung der Steuerverwaltung der jüdischen Synagogengemeinden auf die Reichsfinanzbehörden ermöglicht werden soll. Den in der Reichsabgabenordnung vorgeschriebenen Übertragungsantrag soll der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stellen, weil ein religionsgesellschaftliches, allen jüdischen Synagogengemeinden übergeordnetes Organ nicht besteht.

Die preussische Gesundheitsfürsorge in Dresden.

Dresden. Die verläutelt, hat die preussische Regierung die Absicht, den freiwirtschaftlichen Stellen eines preussischen Gesundheitsfürsorgers umzuwandeln. Einwirken wird Legationssekretär Winkler die Geschäfte der preussischen Gesundheitsfürsorge weiterführen.

Konkurrenz mit einer Unternehmenseinrichtung.

Dresden. Der Direktor einer kleinen Fabrik und mit ihm die gesamte Arbeitererschaft verteidigten die Dresdener Nieder-

schichten Kommission aus vorsätzlich unbekanntem Grund den Zutritt in die Fabrik zwecks Durchsicherung der Räume. Gegen die Fabrik war eine Anzeige bei der J. N. R. erstattet worden, über deren Inhalt den deutschen Behörden nichts bekannt ist.

Die Demokraten und die Flaggensfrage.

Bremen. Der deutsch-demokratische Parteitag nahm mit großer Mehrheit folgenden Antrag an: „Die Partei beurteilt die agitatorische Ausnutzung der Flaggensfrage. Sie tritt für Schluß der verfassungsmäßigen Flaggens ein und warnt, durch Fortsetzung unfruchtbarer Streites die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden.“ Einstimmig wurden ferner zwei Entschließungen angenommen, deren eine gegen das oberste Reichsgericht ergeht, während die andere einen nationalen Gedenktag für die Kriegsoffer befürwortet.

Streifemann und die Industrieerforderungen.

Breslau. Auf dem Parteitag des Landesverbandes Schlesien der Deutschen Volkspartei sprach hier der Abg. Streifemann über die auswärtige Politik Deutschlands und einige Fragen der inneren Politik. Zur Rehabilitation der Industrie äußerte er sich heftig. Die Frage der Privatisierung der Eisenbahnen sei noch recht unklar. Erst wenn es möglich sei, den Beamten ihre wohlverdienten Rechte unbedingt zu sichern, und wenn der Beweis gelingt, daß die Privatisierung einen Überschubbetrieb schaffe, könne dieser Gedanke befürwortet werden.

Arbeiterentlassungen in Bayern.

München. Die Sozialwerke Bayerns mußten ihrer gesamten Arbeiterschaft kündigen, weil sie nicht genügend Eisenbahnwagen zum Abtransport ihres Materials erhalten konnten. Infolge dessen sind die deutschen Vorkriegsfabriken gezwungen, ihren Bedarf an Kohlen zu bedeutend höheren Preisen aus der Tschechoslowakei zu beziehen.

Einigung im Braunkohlenbergbau.

Halle. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Braunkohlenbergbau sind unter beiderseitigem Einigkommen zum Abschluß gebracht worden.

400 Millionen für Opatow.

Wannheim. Die für die Hilfsaktion für Opatow von den verschiedenen Organisationen und Behörden eingeleiteten Sammlungen einschließlich der Sammlungen der Zeitungen haben bisher den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

Stärkung in Ungarn.

Budapest. Die ungarische Regierung hat das Zollaufgeld auf das Zwofache erhöht. Die Verfügung richtet sich in erster Linie gegen die Einfuhr aus der Tschechoslowakei und Österreich. Die Handelskreise hoffen, daß durch die Verfügung der Regierung der Warenverkehr mit Deutschland eine wesentliche Erhöhung erfahren wird.

Kriegsgefangene aus dem Fernen Osten.

Triest. Hier kam der amerikanische Dampfer „Croat“ mit 443 ehemals österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen aus Blabwostel an. Es ist dies der letzte Kriegsgefangenentransport aus dem Fernen Osten.

Um das Schicksal Raunhofs

geht es am 20. November. Wird es ein Tag der Freude oder der Trauer werden?

Die Entscheidung liegt in Deiner Hand!

Wir alle wissen, wohin die einseitige Klassen- und Parteipolitik der Sozialdemokratie führt. — Sie kann nicht aufbauen, nur zerstören. Wer Ordnung und Frieden liebt, wer die Diktatur des Proletariats nicht will, ob Mann, Frau oder Mädchen,

wähle die Liste

Schimpf-Becker

Raunhofer-Bürger-Ausschusses.

Welt- und Volkswirtschaft.

Berlin, 13. Nov. (Stand der polnischen Mark.) Die Bewertung der polnischen Mark stellte sich an der heutigen Börse auf etwa 6 1/2 Pfennig.

* Berliner Produktionsliste. Notierungen vom 14. November. (Nichtamtlich.) Langstroh 28—31 M., Weizen- und Roggenprekstroh 33—35 M., Haierprekstroh 40—44 M., Weizenstroh 28—30 M., Häckel 40—42 M., Weizenheu 77 bis 80 M., Heuboden 91—96 M., Ackerbohnen 292—307 M., Weizen 310—320 M., Weizen 315—325 für 50 Kilogramm, Zerkleinte 110—111 M., Weizenkleinmehl 175—181 M., Haferkleinmehl 135—141 M., Weizenkleinmehl 185—191 M., Palmfarnschrotmehl 185—190 M., für 50 Kilogramm einschl. Papierpack, Kolofonschrot 295—305 M., Palmfarnschrot 295—305 M., für 50 Kilogramm. Alles ab Verladestation.

* Stärkung der Mark in Berlin. Die Rentenabgabe brachte infolge härteren Angebots von Dollarknoten eine Abwärtsbewegung bis auf 26 Mark. Sonnabend war der Dollar zuletzt mit 25 Mark bezahlt worden. Mit dem Dollarrückgang ging Hand in Hand ein merkliches Nachlassen für alle fremden Werte und ebenfalls ein Sinken der inländischen Industriewerte. Prozentige Reichsanleihe stieg infolge ausländischer Käufe sprunghaft auf 103 Prozent.

* Die außerordentliche Margarineversteuerung wurde im Reichsministerium des Innern durch Vertreter der Fabrikanten, der Verbraucher und der Gewerkschaften besprochen. Die Vertreter der Margarineindustrie erklärten sich bereit, beim Margarineverband dahin zu wirken, daß bei künftigen Preisfestsetzungen Vertrauensleute der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsverbände hinzugezogen werden.

* Anwachsen der Arbeitslosen in England. Die wöchentliche Statistik für Arbeitslosigkeit bringt eine neue Zunahme von 111 000 Arbeitslosen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Beendigung des Sabarbeiterstreiks.) Bis auf ein einziges Werk ist der Sabarbeiterstreik der letzten Tage beendet. Die Arbeiter haben mit der ersten Ausnahme die Arbeit wieder aufgenommen. Jedoch ist die Agitation für eine allgemeine Lohnbewegung der städtischen Arbeiter noch stark. Der Magistrat beschloß mit Rücksicht auf die durch die außerordentliche Steuererhebung hervorgerufenen Notlage, die Lohnausbesserungen für Oktober und November möglichst sofort auszuführen.

Häufelberg. (Ausstand in der Metallindustrie.) Nachdem die Metallarbeiter den in der Lohnbewegung gestützten Dornmunder Schiedspruch abgelehnt haben, haben die Funktionärversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Christlichen Metallarbeiterverbandes beschlossen, in den Ausstand zu treten. Dierem Beschluß haben sich auch die Christ-Damenvereine angeschlossen.

Braunschweig. (Streikbeendigung.) Der seit haben Wochen andauernde Streik der Transportarbeiter ist beendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über die neuen Bedingungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wahlergebnisse.

Die Stadtverordnetenwahlen in Leipzig.

Man hoffte in Leipzig diesmal die Mehrheit der sozialistischen Wähler zu erringen. Leider vergebens, die Mehrheit blieb von 22000 Wählerstimmen hat das Zentrum nicht aufgeben können. 80 Prozent wählten, 20 Prozent waren zu laut. Die bürgerlichen Parteien blieben mit mehr als 4600 Stimmen hinter den 17200 sozialistischen Stimmen zurück. Die Wahlen waren zum ersten Male vollständig getrennt. Es wählten insgesamt 15887 Männer und 16753 Frauen. Für die bürgerlichen Listen stimmten 73438 Männer und 93950 Frauen, für die sozialistischen Parteien 85439 Männer und 86573 Frauen. Die 72 Sitze im Stadtparlament verteilten sich vermutlich auf 36 bürgerliche (bisher 33) und 36 sozialistische (bisher 39) Stadtverordnete, das wäre also eine Gleichheit des Verhältnisses. Die Stimmenergebnisse verteilten sich auf folgende Parteien: Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 134019, Demokraten 29396, Unabhängige 114733, Mehrheitssozialdemokraten 26433, Kommunisten 30846, Deutschsozialisten 3983. Es dürften demnach Sitze erhalten: Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 30 Sitze, Demokraten 6 Sitze, Unabhängige 24 Sitze, Mehrheitssozialdemokraten 6 Sitze, Kommunisten 6 Sitze.

Grünna. Bei den am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen wurden hier bei einer 75prozentigen Wahlbeteiligung dreizehn bürgerliche, sieben unabhängige und ein kommunistischer Kandidat gewählt.

Oschatz. Auf die verbundenen bürgerlichen Listen entfielen 2392, auf die sozialdemokratischen Listen 2275 Stimmen. Die linksbürgerlichen erhielten 3, die rechtsbürgerlichen 6, zusammen 9 Sitze. Die Sozialdemokraten erhielten gleichfalls 9 Sitze, davon 8 Unabhängige und 1 Mehrheitssozialdemokrat. Im bisherigen Stadtparlament hatten die Bürgerlichen 11 Sitze und die Unabhängigen 7 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 72 Prozent.

Bürgerliche Mehrheit in Dresden.

Das vorläufige Ergebnis aus sämtlichen Wahlbezirken Groß-Dresdens ist folgendes: 138 650 bürgerliche Stimmen und 134 202 sozialistische Stimmen, also eine bürgerliche Mehrheit von über 4000 Stimmen. Im einzelnen verteilten sich die Zahlen wie folgt: Bürgerliche Einzelstimme 112 890, Beamtenliste 20 554, Angestelltenliste 5426, zusammen 138 650, Mehrheitssozialisten 93 854, Unabhängige 27 134, Kommunisten 13 214.

Gegen die letzten Landtagswahlen haben die Bürgerlichen etwa 1500, die Mehrheitssozialisten haben 3000 Stimmen eingebüßt, die Unabhängigen haben 8500 und die Kommunisten 2000 Stimmen gewonnen, die wahrscheinlich beim letzten Male infolge der Spaltung der Unabhängigen nicht mitgemacht hatten.

Sächliche und lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 15. November 1921.

Rechtblatt für den 16. und 17. November.

Sonnenaufgang 7²² (7²⁷) | Mondaufgang 5¹¹ M. (6²¹ M.)
Sonnenuntergang 4²⁴ (4²⁹) | Monduntergang 7²² U. (8²¹ U.)
18. November. 1881 Militärdirektor General Karl von Clausewitz gest. — 1897 Kulturbildner Wilhelm Dietrich Richel gest.

17. November. 1917 Französischer Bildhauer Auguste Rodin gest. — Bildung des französischen Ministeriums Clemenceau. — 1918 Die Franzosen befehlen die Wehr.

Der Bußtag

ruft uns auf zur Selbstbefinnung. Sind wir auf dem rechten Wege? Geht nicht ein wertvolles Gut nach dem andern uns verloren? Wo bleibt die deutsche Treue, von der die Dichter einst so viel zu singen wuhlen? Jeder denkt nur an sich und es kommt ihm gar nicht bei, um eines Mitmenschen willen sich zu beschleiden. Nur das eigene Leben einmal darauf nästern angeschaut, wie oft wir die bestende Liebe vergessen haben! Wir halten uns oft für recht vollkommen und schon beim ersten Prüfen ergibt sich ein ganz anderes Bild. Der Bußtag kann uns wissend machen. Wir klagen bitter, daß Justiz und Gerechtigkeit zu erhalten? Geschweigen haben wir, als die Spötter das Hohe in den Staub zogen, geizig waren wir, als man uns um Mittel bat, das Gute rechtzeitig zu stärken. Nicht aufrichtig in unseren Worten, ungerührt in unseren Gedanken, hochmütig, bequem . . . Wir sind mitschuldig an des Volkes Sünde. Der Bußtag hat uns wissend gemacht.

— Raunhof, Kirchenmusk am Bußtag. „Gott sei mir gnädig“. — Arie aus dem Oratorium „Paulus“ von Mendelssohn — Vortolbo, gesungen von Herrn Gruner.

□ Die Gültigkeit der Fahrkarten. Die zum 1. Dezember in Aussicht genommenen Erhöhungen der Fahrpreise im Eisenbahnverkehr erfordern besondere Bestimmungen über die Gültigkeit der Fahrkarten. Für den Fernverkehr wird die vierjährige Geltungsdauer für die Zeit vom 28. bis 30. d. MtS. dahin eingeschränkt, daß die Reife am ersten Tage der Geltungsdauer angetreten werden muß. Mit Fahrkarten für den 28. und 29. können jedoch die Reisen noch bis zum 30. angetreten werden. Für Dezember werden Fahrkarten im November nicht ausgegeben. Die Fahrpreise der Nitroba, die im allgemeinen eine Geltungsdauer von 60 Tagen haben, gelten, wenn sie im Oktober oder November gelöst worden sind, nur bis zum 3. Dezember, wobei die Reife spätestens am 30. November angetreten sein muß.

† 40 Prozent höhere Gerichtsgebühren. Wie wir erlören, geht dem Reichstag noch in dieser Session eine Vorlage auf Erhöhung der Gerichtsgebühren zu, deren Betrag in parlamentarischen Kreisen mit fast 40 Prozent angegeben wird.

† Parlamentarischer Ton! Die letzten Sprechleistungen des Landtages haben die demokratischen Fraktionen veranlaßt, folgenden Antrag im Landtag einzubringen: „In mehreren Sitzungen des Landtages haben sich Vorgänge abgespielt, die ein solches Verhalten unzulässig machen, die Würde des Landtages verletzen und sein Ansehen im Volke vollends vernichten. Die jetzige Geschäftsordnung gibt dem Präsidenten nicht die Macht, solche Vorkommnisse zu verbieten und zu ändern. Die Unterzeichneten beantragen daher, der Landtag solle, sofern der Wiederholung derartiger Vorgänge nicht durch Veränderung der Fraktionen untereinander vorgebeugt werden kann, eine Eränderung der Geschäftsordnung beschließen.“

† Die Gleichberechtigung der verheirateten Lehrer. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat die Abg. Frau Selinger mit Unterstützung der demokratischen Fraktionen folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, ungesäumt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den § 18 Absatz 3 des Volksschulgesetzes von 1873 aufhebt und dadurch eine Rechtsgrundlage für die verheiratete Lehrerin schafft, die dem Artikel 128 der Reichsverfassung und der Entscheidung des Reichsgerichts vom 10. Mai 1921 entspricht.

† Für die Landwirtschaftskammern enthält der Gesetzentwurf für die Umgestaltung des sächsischen Landwirtschaftsrates ein Nachgebot mit folgenden Bestimmungen: Der Wahltag muß ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Wählbar sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie seit mindestens einem Jahr vor der Wahl als Eigentümer, Pächter oder Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke im freistatlichen Sachsen die Landwirtschaft im Hauptberuf ausüben. Auch Personen

unter 20 Jahren wenn sich die berechnete halbjährige eingetragene Borna, freie Stadt
+ Der d. fortwährenden Reichsverfassung den Bezirk d. 1. Januar bis die in Staatsf. 21 Nr. männl. 9000 9 Mark, weibl. 9000 9 Mark, für die beschl. 5700, 4800, 45
+ Der d. und Voll erk. von 850 Mark
— Grimm
Mitternacht gl. in Grewitz in auch Vieh (m. Köhner) löst in
— Grimm
Fußballspiele Stoben nach d. trocken zu wern zerbrochen wur
— Der G. Donnerstag d. einen Strahl fort ist. Seim meist bealeite liche Aufnahme
— Leipzig talle Kleingro. Begleitung ein rempel, in S. dabei erheblich die sich nach u. worten in Eng. mit Geldhler lings auf die verleben. Er
— Wenn Oberforstmei. nau (38bl.). — Feinst. jeht aus der r. — Döbeln hier haltfinden. — Die M. überleben. D. Weihen verlen
— Chem. in Münden zu von Hof hier o dem Hauptbah. verheerenden P. Stollhebung 3. Klasse eine Publikum erh. Von einem T. Pfeifer Zug ge. fahr.
— Köbau haben die jäh. Seber soll zwei 500 Kleinrentne
□ Befuchen merfester I. verständig im fester nich 1920-21 ist d. Studierenden fester 84 83 eingeschrieben
□ Die Sa. schuh für D. noch bestimm den bereitst. geschlossen sin auf sein Kon fern die Sam baldige Mitt geblit erwil
„Rom, ins Haus.“
„Gob! j. es mit mir g. heut schon r. auch den Bri. nen Stofel d. Sie bleib. „Den B. ration? Wa. Terweil er mir taugen. Die Bod. pflücht ein langlam. „Z. niid.“
Kirchweil. hallen die i. Wube an El. und auf alle. derten Steir. zum Markt f. Widen, der P. Gänderell. artigt lächel. Echoren ant.
Heberoll. im Fluß für d. n. haben sich. kliche herau. zinnen Refli. port gedröf. aufserleben.
Und über. lichter. Regi.

unter 20 Jahren und juristischen Personen steht das Wahlrecht zu, wenn sich die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme. Das Land wird in sechs Wahlbezirke eingeteilt. Der dritte Wahlkreis umfasst die Amtshauptmannschaft Borna, Döbeln, Grimma, Dösch, Leipzig und die bezirksfreie Stadt Leipzig; in ihm sind acht Mitglieder zu wählen.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter ist auf 6 und der für 936 und 936a der Reichsversicherungsordnung in der Fassung vom 11. April 1921 für den Bezirk des Oberverversicherungsamtes Leipzig für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 wie folgt festgestellt worden: für die in Staatsforstbetrieben beschäftigten Arbeiter im Alter von über 21 Jhr. männl. 12000 Mk., weibl. 6000 Mk., von 16—21 Jhr. männl. 9000 Mk., weibl. 5500 Mk., von 15—16 Jhr. männl. 4800 Mk., weibl. 3800 Mk., unter 14 Jahren beiderlei Geschlechts 1500 Mk., für die in der Landwirtschaft und in den übrigen Forstbetrieben beschäftigten Arbeiter in den gleichen Altersklassen 9000, 6100, 7600, 5700, 4800, 4200, 1500 Mk.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 14. bis 20. d. M. zum Preise von 850 Mark für ein 20-Markstück, 425 Mark für ein 10-Markstück.

Grimma. In der Nacht zum Sonntag und zwar nach Mitternacht ging die große neue Scheune des Gutsbesizers Julius in Gersdorf in Flammen auf. Verbrannt sind große Erntevorräte, auch Vieh (mehrere Schafe, Schweine, Ziegen und eine Anzahl Kühe) soll in den Flammen umgekommen sein.

Grimma. Ein 11jähriger Knabe in Gollan hatte beim Fußballspiele das Unglück, von einem 14jährigen Knaben beim Stoßen nach dem Ball mit solcher Wucht an den Unterschenkel getroffen zu werden, daß ihm beide Kniehöhlen durch ein Beines zerbrochen wurden.

Der Gendarmleutnant Kruppa aus Wurzen fuhr am Donnerstag beim Ausweichen eines Gefährtes mit seinem Kabe an einen Straßenbaum am Ruppberg, überschlug sich und war sofort tot. Sein Schützling, der ihn auf seinen dienstlichen Gängen meist begleitete, bemohnte getreulich seinen toten Herrn, bis die polizeiliche Aufnahme des Verhältnisses erfolgte.

Leipzig. Am Mittwoch gegen Morgen kam in dem Stadtecke Kleinböschung ein englisch sprechender junger Mann, der sich in Begleitung eines jungen Mädchens befand, mit Postknoten, die er anempfehle, in Streit. Nachdem er mit einem derselben gebogt und dabei erheblich den kürzeren gezogen hatte, traktierte er die Menge, die sich nach und nach angesammelt hatte, mit den größten Schimpfwörtern in Englisch und Deutsch, und zog dann, weil sein Schimpfwort mit Schläger beantwortet wurde, einen Revolver, mit dem er blindlings auf die Umstehenden schuß, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Er wurde festgenommen und nach der Wache gebracht.

Wernsdorf. Nachfolger des Oberforstmeisters Schleinig III Oberforstmeister Järner, bisher Forstmeister in Kriegswald bei Radebau (33bth.)

Leisnig. Wie in all den umliegenden kleinen Städten ist jetzt auch hier eine Militär-Berufungsstelle eingerichtet worden.

Döbeln. Eine große Schuhmacher-Fachausstellung soll 1922 hier stattfinden.

Die Meißner Reichswehr wird in nächster Zeit nach Dresden überführt. Dafür wird eine Lehrkompanie der Landespolizei nach Meissen verlegt.

Chemnitz. Wahrscheinlich von den Beerdigungsfeierlichkeiten in München zurückkehrend, trat Mittwoch früh mit dem nach 8 Uhr von Hof hier ankommenden Schnellzuge König Friedrich August auf dem Hauptbahnhof ein, um mit dem 8 Uhr 34 Min. nach Riesa verkehrenden Personenzuge die Reise fortzusetzen. Der König, der in Stillkleidung war, benutzte die kurze Pause, um im Wartesaal 3. Klasse eine Tasse Kaffee einzunehmen. Dabei wurde er vom Publikum erkannt, das ihn umdrängte und achtungsvoll begrüßte. Von einem Teil der Anwesenden wurde der König auch zu dem Hofeierzug geleitet, der dort verließ, bis der Zug aus der Halle fuhr.

Köbau. Zur Versorgung der Kleinrentner mit Kartoffeln haben die städtischen Kollegien zu Köbau 25000 Mark bewilligt. Jeder soll zwei Zentner zu je 25 Mark erhalten. In Frage kommen 500 Kleinrentner, jedoch 1000 Zentner mit 25 Mark zu verbilligen sind.

Nah und Fern.

Besuchszahl der deutschen Universitäten. Im Sommersemester 1920 war die Besuchszahl der deutschen Universitäten im Vergleich zu dem vorhergegangenen Wintersemester nicht unerheblich gesunken. Im Wintersemester 1920-21 ist dagegen wieder eine Steigerung der Zahl der Studierenden eingetreten. Es waren nämlich im Wintersemester 84 837 Studenten gegen 84 142 im Sommersemester eingeschrieben.

Die Sammlungen für Oppau. Der Reichsbillhausschuss für Oppau bedarf einer Übersicht über die für ihn noch bestimmten, in den einzelnen Ländern und Gemeinden bereitliegenden Mittel. Soweit die Sammlungen abgeschlossen sind, bittet er, ihm die Beträge möglichst bald auf sein Konto bei der Reichsbank zu überweisen. Insofern die Sammlungen noch nicht abgeschlossen sind, ist eine baldige Mitteilung über das ungefähr zu erwartende Ergebnis erwünscht.

Der Wahrheit Sieg.

Roman von Erich Ebenstein. 15

„Komm,“ sagt sie rauh und zieht ihn hastig mit sich hinein ins Haus.

„Hast ja gleich gewußt, daß Du viel zu geschickt bist, um es mit mir zu verberben.“ grinst der Jettich, „und weil Du heut schon einmal im Nachgeben bist, wirst mir doch endlich auch den Brief geben, den Du auf mein Geheiß dem betrauten Stofel dazumals aus der Tasche genommen hast.“

Sie bleibt ähnlings stehen.

„Den Brief vom Bericht an den Heirich wegen der Pignation? Was willst Du damit?“

„Terweil noch nichts. Aber man kommt mit wissen, wozu er mir taugen wird.“

Die Bachwirtin starrte finstere vor sich hin. Dann kommt plötzlich ein böses Funkeln in ihren Blick. „Mut,“ sagt sie langsam, „Du sollst ihn haben. Er hats mit besser verdient um mich.“

5. Kapitel.

Kirchweihfest in Friedleben. Seit dem Morgen grauen knallen die Böller von den Höhen. Kirchenglocken läuten. Ende an Ende steht an dem ebenen Rasenfeld um die Kirche, und auf allen Straßen kommen sie angefahren, die hochgebederten Steinerwägel, in denen der Bauer Weid und Kind zum Markt fährt. Der Vormittag gehört der Kirche und den Vätern, der Nachmittag den Wirtschaftlern.

Händereibend steht der Reichswirt vor dem feinen und begrüßt lächelnd mit innerlichster Liebenswürdigkeit die in Scharen anrückenden Gäste.

Überall stehen Tische: in der Schankstube für die Bauern, im Hof für die Kräfte und Mägde. Da es warm und windstill ist, haben sich die Polstermöbel und einige Luarer Bauern sogar Tische heraus vor das Haus tragen lassen. Die Tische sind mit zarten Weislingen ausgelegt. Erst wird mit dem Pfaffen dort gedroschen statt mit dem Jettel: sie ist zum Tanzboden angeschlossen.

Und überall frohe, lockende, verlebte oder weinliche Gesichter. Regina geht bedienend zwischen den Tischen hin und

Stapellauf der „Röln“. In Gegenwart von Vertretern der Stadt Röln fand auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack der Stapellauf des für den Norddeutschen Lloyd erbauten Dampfers „Röln“, eines Schiffes von 17 600 Tonnen Wasserverdrängung, statt. Der Dampfer ist für etwa 12 600 Kubikmeter Ladung, sowie zur Beförderung von 350 Reisenden in der ersten Klasse und 1026 Reisenden in der dritten Klasse eingerichtet.

Autounfall Le Rond. Aus Beuthen wird gemeldet: Auf einer Autofahrt auf der Chaussee Lischau—Kifoloi verunglückte General Le Rond mit Gattin. Le Rond blieb unverletzt, seine Gattin wurde leicht verletzt. Der Chauffeur erlitt schwere Knieverletzungen.

Ein Walfisch in der Elbe erlegt. Seit einigen Tagen bemerkten Fischer ein riesiges fischähnliches Tier in der Elbe. Die Vermutung, daß ein Walfisch durch den letzten orkanartigen Sturm in die Elbe verschlagen worden sei, bestätigte sich; das Tier war ein Hinnadwale. Jetzt ist es Fischern aus Hoopje gelungen, das mächtige Tier zu erlegen. Sie umstellten es und trieben es ans Ufer, wo es durch einige Gewehrschüsse getötet wurde. Der Wal hat eine Länge von 5 bis 6 Metern und einen Bauchumfang von 3,30 Metern. Das Gewicht wird auf 39—40 Zentner geschätzt.

Die Schuld am Kriege. In den Niederlanden ist ein Ausschuß zustande gekommen, um sich mit den Ursachen des Weltkrieges zu befassen. Eine große Anzahl Historiker, Professoren, höhere Militärs, Staatsmänner und führende Journalisten sind ihm beigetreten. In der ersten Rundgebung des Ausschusses heißt es: „Vielleicht können durch unsere unparteiische Untersuchung die beiden führenden Gegner dazu gebracht werden, die oft grundlosen Anschuldigungen aufzugeben, so daß eine der Ursachen des Falls hinweggenommen wird, vor jetzt noch die Völker Europas spaltet.“

Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr vorm. aufgegeben sein, größ. Anzeigen tags vorher. Für spätere Aufgabe übernehmen wir keine Verbindlichkeit rechtzeitigen Erscheinens. Nachrichten für Raumhof.

Der Friedenspreis der Nobelstiftung soll, wie aus Stockholm gemeldet wird, dem Professor der Astronomie am Kopenhagener Observatorium, Elis Strömmer, verliehen werden. Strömmer ist 1870 in Helsingborg in Schweden geboren und war Privatdozent an der Universität Kiel. 1907 wurde er als ordentlicher Professor für Astronomie und Direktor der Sternwarte nach Kopenhagen berufen. Er gehört zu denen, die vom ersten Tage des Krieges an ehrlich und zielbewußt im Geiste Nobels für den Frieden gearbeitet haben.

Brand in einem Unterseeboot. Aus Washington wird berichtet: In dem Vorderteil des amerikanischen Unterseebootes 66, das 24 Kilometer von der kalifornischen Küste tauchte, brach ein Feuer aus. Der Kommandant und sechs Mann der Besatzung erlitten Brandwunden und atmeten giftige Gase ein. Trotzdem konnten sie der Todesgefahr entkommen. Das Unterseeboot, das wieder auftauchte, konnte die Küste erreichen und sich in den nächsten Hafen retten.

Der Eroberungszug der Engländer. Eine große Anzahl von Lehrern und Studierenden in Württemberg hat das Unterrichtsministerium des Landes in einer Eingabe eruchtet, bei der nächsten Neuauflage der Lehrpläne für die höheren Schulen dem Wunsche nach Bevorzugung der englischen Sprache vor der französischen Rechnung zu tragen. Das Ministerium hat die Erfüllung des Gesuches zugesagt.

Anatole Frances „großartige Werke“. Der bekannte französische Schriftsteller Anatole France, der den Nobelpreis für Literatur erhalten hat, soll, wie aus Paris berichtet wird, die Absicht haben, die ganze Summe — mehr als eine Million Frank — für die Opfer der russischen Hungersnot zu stiften.

Die Prämien der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie zu 750 000 Mark und 250 000 Mark wurden am letzten Ziehungstage auf die Nummern 220 344 und 171 958 gezogen.

Währungsreform. Nun ist die Währungsreform, Konfession" zusammengetreten, um in monatlichen Beratungen die Möglichkeiten eines wahren Friedens zu erörtern. Wohl und, wenn die Verhandlungen nicht ganz ohne Erfolg sind und ein Bissen Berechtigten auch für uns abfällt! Der Friede der Welt wird aber in Washington nicht gemacht werden, und die Männer, die dort zusammensitzen, denken sicher nur daran, wie sie den andern etwaige Kriegsbefehle austreten können, ohne das eigene Land zu gleichem Verhalten zu verpflichten. Man ist sich über den Begriff Frieden wohl nicht klar. Das beweist der beliebte Hinweis auf den „Frieden in der Natur“, den es nie gegeben hat und niemals geben wird. Das Wesen der Natur ist ewiger Kampf als Vorbereitung für alles neue Leben. So soll denn unsere Sehnsucht nach Frieden ewig unbefriedigt bleiben? Gewiß nicht! Wir dürfen nur nicht glauben, daß Frieden etwas Außerirdisches sei, das kommen könne aus dem Unfrieden. Kann reines Wasser aus schmutzigen Krügen kommen? Der Friede muß sein und wachsen in uns selbst. Wir müssen ihn beugen wie eine kostbare Pflanze, und er wird zu einem mächtigen Baum werden, der uns schützt und beschützt. Es hat große Kriegshelden gegeben, bei denen er im Getümmel der Schlachten war, und solche Männer in ruhigen Verhältnissen, zu denen er nie kam. Wie er zu erwerben ist? Darüber sind zahlreiche Bücher in allen Sprachen geschrieben, die tausend verschiedene Wege weisen, aber wenn sie halten würden, was sie versprechen, dann dürften nicht so viele trübliche Menschen auf Erden leben. Der rechte Weg zum Frieden ist leider noch immer nicht gefunden! P—L

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Das 71 Jahre alte Fräulein Minna Kauf, ihr Bruder, der 67jährige Hausbesitzer Andreas Kauf und der 63 Jahre alte Reichmer Gustav Rede haben sich hier aus Nahrungssorgen gemeinsam mit Gas vergiftet.

Berlin. Eine vierzehnjährige Pfaffenmutterbande, die große Mengen von falschen Rubel- und holländischen Guldennoten in Verkehr brachte, ist hier und in Barmen festgenommen worden.

Eibing. In Platenhof wurde der Rentner Redeburger unter dem Verdacht verhaftet, seinen Sohn und dessen Ehefrau erschossen zu haben. Der Grund soll in Altersschwäche liegen zu suchen sein.

Reinort. Die von ihrem langjährigen Engagement in Berlin bekannte Sängerin Gertrude Kattar hat Ehedisputate gegen ihren Gatten, den Schauspieler Ju Tellegen, eingereicht.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Uniformdruckgehe. Nach Anhörung der Dauer wurde im Röln-Prozess gegen Wapl und Genossen das Urteil gefällt. Die Angeklagten hatten bei der Lieferung von englischen Uniformen für die Schupo übermäßige Gewinne erzielt. Das Gericht berechnete diesen übermäßigen Gewinn auf 6% Millionen Mark, während der Staatsschatz die Einziehung von 27% Millionen Mark beantragt hatte. Es wurde vom Gericht ausdrücklich betont, daß bei seinem der Angeklagten eine schmutzige Handlungswelt vorliegt und daß sie nicht auf eine Stufe mit berufsmäßigen Schabern zu stellen seien. Bei dem Angeklagten Trobed wurde mit Rücksicht auf seine Vermögenslage die höchst zulässige Geldstrafe von 200 000 Mark festgesetzt. Im übrigen wurden die Angeklagten zu Geldstrafen von 15 000 bis 20 000 Mark verurteilt. Von den als Vermittler in Frage kommenden Angeklagten hat das Gericht angenommen, daß ihre Provision zu groß war. Sie wurden verurteilt, 5000 und 150 000 Mark zurückzugeben. Die Angeklagten Wieland (ein Engländer) und seine Frau wurden wegen Kapitalflucht bzw. Beihilfe zu 80 000 bzw. 20 000 Mark verurteilt. Die von ihnen über die Grenze geschafften 132 000 Mark verfallen dem Reich. Freigesprochen wurden vier Angeklagte.

Der Münchener Postraub vor dem Schwurgericht. Der Einbruch in das Münchener Postamt vom November vorigen Jahres hat jetzt in einer Schwurgerichtsverhandlung zu Entscheidungen seine Sühne gefunden. Führer der Räuberbande war der Kommunist Otto Weder aus München, ein Seemann. Er wurde unter Einrechnung von Postkräutern zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Stemmer zu sechs Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Kasper zu sechs Jahren Gefängnis.

Bestimmungsmaßstab mit tödlichem Ausgang. Vor dem Schwurgericht in Rudolstadt hatte sich der Student Karl Walter aus Jena wegen Hoveifampfes mit tödlichem Ausgang zu verantworten. Walter hatte vor einem Jahre mit einem Studenten namens Wiffens eine sogenannte Bestimmungsmaßstab in Leibesübungen ausgetragen. Hierbei erhielt Wiffens einen Schlag auf die Schläfeldecke. Er mußte die Klinik aufsuchen, wo er operiert wurde und starb. Walter wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

her. Etwas weniger federnd als sonst ist ihr Gang, etwas blässer ihr Gesicht.

Manchmal geht mitten in ein Lächeln ein weißer Zug hinein in ihr Gesicht.

„Auf Gottschalk wart ich von Dir.“

Sie oft ihr das Wort einfällt, und sie hat es noch kaum eine Minute lang vergessen seit gestern, ist ihr zumute, als müßte ihr das Herz brechen vor Leid. Er wartet und sie darf ihm kein noch so verstoßenes Zeichen geben, daß inwendig bei ihr alles gleich geliebt ist für ihn, wenngleich sie äußerlich sich des Vaters Gebot fügen muß, wie sie's ihm gestern abend versprochen hat. Nicht aus Furcht. Vielleicht wäre sie trotz aller Kindesliebe und Respekts lieber davongelaufen, wenn ihr der Vater mit harter Strenge zugeföhrt hätte. Aber sein Born war veranlagt, als sie, von der Clavovone kommend, das Reichswirtshaus betreten hatten. Still und in sich geföhrt ging er am Abend herum. Und wenn er Regina angesehen hatte, war es weit eher traurig gewesen als ergötzt. Dann, als die Diensthofen schon zu Bett gegangen waren und auch die Mutter bereits ihr Lager aufgeschlagen hatte, rief der Reichswirt sein Kind zu sich. Sie erschraf, als sie in sein bekümmertes Gesicht blickte, das plötzlich alt, grau und verfallen aussah.

Kein Mensch hätte in dieser Stunde den listigen Reichswirt erkannt, dessen Augen jedem verschämte lächelnd andringelten, dessen „Puffsteteln“ weit und breit berühmt waren. Kein Wunder, daß Regina bis ins Herz hinein erschraf und vor Vollkommenheit kein Wort herausbrachte. Auch der Reichswirt sprach nur stöckend. Und was er Regina sagte, ließ sie erst recht verstummen, denn es bedeutete nicht mehr noch weniger als das Ende ihrer jungen Liebe und all der süßen Hoffnungen, die sie daran geknüpft hatte. Schulden waren da, von denen niemand, nicht einmal die Mutter, etwas wußte. Vor Jahren schon war der Reichswirt für einen Freund in Altona unten gut gestanden, und da dieser durchbrannte, hatte er zahlen müssen. Dazu kamen Mißjahre, das Umstehen eines Pferdes, die Schweinepest, welche vor drei Jahren in Friedleben hauste und ihm schwere Verluste brachte. Zuletzt hatte er sich beim Weinverkauf im Unterland geföhrt. Jetzt lagen die Dinge so, daß alles Eisparis dahin und das Haus schon arg belastet

war. Von einer Mitgift für Regina keine Rede mehr. „Und wir, betteln können wir gehen auf unsere alten Tage, wenn Du nit vorher ein warmes Nest erbeiratet, wo wir unterziehen können, Regina.“ schloß der Vater seine Reichte feugend.

In ihrer angstvollen Not hatte Regina das Wort ausgeföhrt: „In Heirich seiner Wähle hättest Ihr Platz genug und gerät er Euch aufzunehmen, wenn's so weit kommt.“

Aber ein bitteres Aufschauen war des Reichswirts Antwort gewesen.

„Der wieb selber nimmer lang auf seiner Mähle sitzen! Das Wort haben sie sich gegeben, daß sie ihn vertreiben wollen von Friedleben, und wie kommt uns einer helfen, der versöhrt ist von allen Seiten? Wirt es schon sehen, morgen — und wie sie ihm zusehen und mitspielen werden! Der Jettich laßt nimmer loder, was er einmal angepackt hat. Und glaub nit, Dirm, der ist nit so deau, wie Du Dir einbildest!“

Die letzten Worte hatte Regina gar nicht mehr gehört. Dann des Reichswirts schlächtere, fast bittende Stimme: „Regina, der Beitelbauer hat Geld wie Heu. Und ein Aug hat er geworfen auf Dich, Du bist halt jetzt meine einzige Hoffnung. Wenn Du das Opfer bringen möchtest, Erbsam Dich, Regina! Alt und grau sind wir geworden bei harter Arbeit, sollen wir zuletzt ins Elend wandern müssen? Und steht nit in der Bibel: „Der Eltern Segen bauet den Kindern Häuser?“

Da mars, daß Regina erschüttert und in Tränen aufgelöst einwilligte, Gabriel Heirich aufzugeben und den Bewerungen des jungen Beitelbauern nit hin in den Weg zu legen. Und heute, als er kam, hat sie ihn freudlich begrüßt, wie einer geht, die sich der reichste Bauer zur Züngerin erfohen hat. Aber sie zittert, so oft sein Blick sie trifft, und jedesmal, wenn er sie auf den Tanzboden hinausführen will, wo schon seit einer Stunde die Weigen und Klarinetten klingen, wehrt sie haltig ab: „Nur ein bißel tu noch warten, Beitelbauer, steht es ja, wie schrecklich wirs mit der Arbeit haben. Die zwei Reikenninnen können nit schaffen!“

Er wartet wirklich geduldig. Das er halb in trostigen Hebermut begonnen hat, das jetzt sich immer mehr als heiser Wunsch in ihm fest: Die stolze, schönste, unabhärbare Dirm von Friedleben sein eigen zu nennen. 241,20

Vermischtes.

Das poetische Potsdam. Für den umgebauten Potsdamer Kaiserpark war auf dem Wege eines Preisauschreibens ein Singspruch verlangt worden, der zugleich als Wahrspruch für ein Wappen der Stadt Potsdam dienen sollte. Die Preisrichter entschieden sich für einen Spruch, dessen Verfasser der Major Siper ist. Die Verse lauten folgendermaßen:

Wie nahe auch einander,
Begegnen wir uns doch nie:
Du Berlin, der Geist in Prosa,
Ich Potsdam in Poesie.

Wie fürchterlich müssen die andern eingesandten Verse gewesen sein, wenn man schon diese vier Zeilen, die von der benachbarten Berliner Prosa stark inspiriert sind, für Poesie gehalten hat!

Geburten auf hoher See. Im vergangenen Jahr sind auf dem Ozean mehr Kinder geboren worden als in irgend einer anderen Zeit, seitdem Geburtsregister auf den Schiffen geführt werden. Nach den Ziffern eines amtlichen Ausweises erblickten allein auf britischen Schiffen 276 Babies inmitten des Weltmeeres das Licht der Welt. Im Jahre 1918 waren es nur 68 Kinder, die auf Schiffen während der Fahrt von oder nach England geboren wurden. Im Jahre 1919 erhöhte sich diese Zahl auf 151. „Auf See geborene Kinder“, erklärte ein Beamter der Cunard-Linie dem Berichterstatter eines Londoner Blattes, „kann man mit einer gewissen Berechtigung Glückskinder nennen; denn die Sammlungen, die bei ihrer Geburt an Bord der Schiffe veranstaltet werden, erreichen durchschnittlich den Betrag von 100 Pfund Sterling und geben oft genug darüber hinaus. Die Mehrzahl der Kinder wird im Zwischenland geboren; es fehlt aber auch nicht an Frauen der ersten Kajüte, die die Seereise eigens zu dem Zweck angetreten haben, um ihre Kinder auf See zur Welt zu bringen. Das Kind britischer Eltern, das auf einem britischen Schiff geboren wird, gilt, einerlei, wo sich das Schiff befindet, als auf britischem Boden zur Welt gekommen. Die Geburt wird im Logbuch des Kapitäns eingetragen.“

Turnen, Spiel und Sport.

S. V. N I — S. V. Grimma II 1:2 (0:1).

Während beim letzten Treffen Naunhof mit 4:2 Siegreich blieb, behielt diesmal Grimma mit 2:1 die Oberhand. Ungewohnt war den Hiesigen der harte Pflanz, auf dem große Stellen erreicht waren. Die Hintermannschaften hielten sich wohl die Waage. Doch verließ Gr. über den besseren Sturm, der sich vor dem Naunhof durch Laufen nach dem Ball, Ballstärke (!), gutes Zuspiel und Schnelligkeit auszeichnete. Der Schiedsrichter war mäßig und konnte keine Partei einseitig befriedigen. Wenn zeitweise zu sehr körperlich gespielt wurde, trägt er ebenfalls daran Schuld.

Spielverlauf: Grimma, mit dem Pflanz vertraut, drückt zunächst stark. Die zum Teil recht schönen Angriffe scheitern aber an N. Hintermannschaft, bei der sich der neue Torwart durch große Ruhe und Äheres Ballfangen auszeichnet. Das Spiel wird bald offen. Durch eine prächtige Flanke des Linksaußen Burkhardt geht Grimma in Führung. Der Naunhof Sturm zeigt für Zulagers Angriffspläne kein Verständnis. Halbzeit: 1:0 für Grimma.

Nach Seitenwechsel ist Naunhof stark überlegen, doch ohne Erfolg. Da wird N. Rechtsaußen im Gr. Strafraum zu Fall gebracht. Der Schiedsrichter ahndet mit Straßloch an der betr. Stelle im Strafraum! Aus dem anschließenden Eckball erzielt Erich Wilde nach vielem Anstrengen den Ausgleich. Noch einmal ist Grimma infolge Mißverständnisses des r. Naunhof. Vert. bei einem Straßloch erfolgreich. An diesem Ergebnis vermag auch N. Endspurt nichts zu ändern. — Anschließend an das Spiel der I. folgte S. V. N. II — Grimma III 0:1 (0:1). Auch hier konnten die Platzbesitzer als Sieger hervorgehen. Obwohl Naunhof, namentlich in der zweiten Halbzeit immer überlegen war, konnten sie doch nicht den verdienten Ausgleich erzielen. Der Schiedsrichter war leidlich. Wenn er in allen so korrekt gewesen wäre wie mit dem Adreits, so wäre das Spiel nicht ausgefallen. Scheinbar hatte Grimma sich aber zum Moll gemacht: Erst der Mann und dann der Ball!

Die I. Jugendmannschaft spielte gegen Gerichshain I. Jugend überlegen mit 7:0 (6:0). Die III. Jugendmannschaft gewann gegen Bescha I. Jugend 1:0.

Kirchennachrichten.

II. Sonntag.

Vorm. 11 Uhr Reichsammlung in der Sakristei. 11 Uhr Gottesdienst mit hl. Abendmahl nach der Predigt — Kirchenmusik. Nachm. 7/8 Uhr: Reichsammlung in der Sakristei. 7/8 Uhr: Gottesdienst und Abendmahlsgottesdienst.



Der starke Mann voll Gaff und Kraft
Sagt stolz: „Jawohl, ich hab's geschafft!
Ich danke, was ich bin geworden,
Samt dieser Heldenbrust voll Orden
Der Künstler wichtigstem Breviere:

„Mensch, inferiere!“

— Nebst dem: Robert Gäng, Druck und Verlag Gäng & Co. in Naunhof —

„Goldner Stern Naunhof.“

Heute abend

Hausschmaus

Anfang der Tafel 8 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Richard Zschiesche.

LICHTSPIELE

NUR MITTWOCH NUR BUSSTAG

Die
Benefiz - Vorstellung
der vier Teufel

6 Akte

Erstklassig, tiefgreifendes Zirkus-Drama
Nach dem Roman von Hermann Bang

Außerdem ein sehr interess. Beiprogramm
Anfang 7 Uhr. Letztes Programm 9 Uhr

1/5 Uhr: Große Familien- u. Kindervorstellung

Gasthof Fuchshain.

Donnerstag, d. 17. Nov.

Theaterabend

des Gesangs „Concordia“
Naunhof. :: Volksstück:
„Die Lieder des
Musikanten.“
Anfang 7/8 Uhr.

Donnerstag, den 17. November abends 1/28 Uhr veranstaltet die Ortsgruppe der Mehrheitssozialisten zu Naunhof eine öffentl. Wähler- u. Wählerinnen-Versammlung im Gasthof zum Goldnen Stern.

Tagesordnung:

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ihre Bedeutung für Staat u. Reich. Refer.: Parteisekretär Hermann aus Grimma. Alle Wähler und Wählerinnen sind dazu freundlichst eingeladen. Freie Aussprache. E. Krübler, Vorsitzender.

Junge Hähndchen zum Schlachten zu verkaufen Melanchthonstr. 6.

Ein Paar gebrauchte Kinderschuh Größe 37, zu verkaufen Langestr. 8, 1 Tr.

Zum Totenfest empfiehlt moderne Binderei Wilhelm Heinrich, Gettenmstr. 24. II.

Zum Totenfest empfehle reiche Auswahl in Wald-, Herbst- u. Blumenkränzen Max Paul, Brühlbeckerstr.

Sportverein Naunhof.

Morgen Mittwoch nachm. 1/2 2 Uhr Fußball-Wettspiele. S. V. N. I. Preußen-Borussia I. Sp. 3 Uhr. S. V. N. II. Arminia IV. Sp. Vorm. von 10 Uhr ab: Training der Damen-Abteilung und aller nichtaufgestellten Mitglieder.

Gold- u. Silber-Waren Platin, Juwelen

zu hohen Preisen kauft Rich. Kötz, Uhrmacher u. Optiker, Moltkestrasse 38. Dasselbst einige feine 14 kar. goldne Herren- u. Damenuhren mit u. ohne Sprungdeckel unt. Garantie billig veräußert. Gelegenheitskauf.

Gasheizöfen zu kaufen gesucht.

W. bhardt, Göthestr. 24.

Warnung!

Worne hiermit Jeden, unwahre Gerüchte über mich zu verbreiten, da ich sonst gerichtlich vorgehe. Max Richter.

Hasen u. Reb

empfiehlt Oswald Ströller.

Ein Schlachtschwein zu kaufen gesucht.

Winter, Hainstraße.

Verloren

goldenes Halsketten von Goldbesteck bis Goldner Stern. Abzugsgeld gegen Belohnung bei Gebhardt, Göthestr. 24.

Unser heutige Nummer liegt ein Flugblatt des Naunhofer Bürgerausschusses bei: „Der Bürger und der Entwurf der Gemeindeordnung“.

Neuer Auswahlschein mit Zinseinlage für 650 Mk. umfänglich, los zu verkaufen. Zu erst. in der Exp. ds. Blts.



Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Henkels Fabrikate

sind im Engroshandel zu beziehen durch die Firma Alfred Bislich - Naunhof - Leipzig - Fernspr. 136

Treu Kirchenfreunde

Donnerstag abend 8 Uhr Konfirmandensaal.

Verein der Klein- und Mittelrentner

Morgen Busstag nachm. 4 Uhr Versammlung.

Erstklassig, tiefgreifendes Zirkus-Drama Nach dem Roman von Hermann Bang

Männergesangverein „Frohinn“

Morgen Busstag keine Singstunde; nächste, Mittwoch, 23. November.

Ortsverein der U. S. P. Naunhof

Mittwoch, am 16. 11. 1921 früh 9 Uhr

Flugblattverbreitung

Material ist abzugeben im Konsum-Verein. Zahlreiche Beteiligung erwartet W. König.

Größ. Schulmädchen als Aufwartung gesucht.

Abzufragen in der Exp. ds. Blattes niederzuliegen.

Röhß & Kiesgen — Gebrüder Fleischhauer

Seit 1910 Inh.: W. Röhß & C. Dippmann

Schloßgasse 22/24, Petersstr. 36 Leipzig Rühß & Heibig-Passage

Weine von M. 11.50, — 17er Naturweine von M. 27.50 per Flasche an ohne Glas, Packung u. Steuer

„Erdener Treppchen“ Rathbarrenstr. 18

Wut bürgerliches Haus — Berggl. Röhß Berggasse 623

„Zum Daubhaus“ Schloßgasse 22/24

Praterstraße — Zur Halle Röhß Berggasse 733

An meine werten Besucher!
Infolge dauernder Erhöhung sämtlicher Betriebskosten bin ich leider gezwungen, die bisherigen Eintrittspreise ab Freitag, 18. Novbr. um ein Geringes zu erhöhen.
ERICH STEPHAN, LICHTSPIELE NAUNHOF

Der Bürger und der Entwurf der Gemeindeordnung.

Eine Riesenohrfeige für alle bürgerlich Denkenden ist der Entwurf der neuen Gemeindeordnung, wie er von dem sozialistischen sächsischen Parteiministerium entworfen ist. Es sei nur wenig herausgegriffen.

Der § 15, Absatz 3, sagt: „Die Gemeinden haben das Recht und die Pflicht, alles in den Kreis ihrer Wirksamkeit zu ziehen, was die materiellen Belange und die geistige Entwicklung der Einzelnen und die Wohlfahrt des Ganzen fördert“.

Das ist eine derart dehnbare Bestimmung, daß dadurch dem Betätigungsdrange übereifriger Parteivertreter der weiteste Spielraum geschaffen würde. Wie wärs, wenn gelegentlich einmal eine sozialistische Mehrheit das Lesen sozialistischer Schriften oder Zeitungen als Zwang beschlöße, denn nach sozialistischer Auffassung gäbe es ja kein besseres Mittel „die geistige Entwicklung des Einzelnen zu fördern“?

Die Aufsichtsbehörde ist ja ziemlich ganz beseitigt in der neuen Gemeindeordnung und darf, soweit sie in einigen Resten bestehen bleibt, ihre Aufsicht nur darauf beschränken (§ 89), „daß die Gesetze nicht verfehlt, die Befugnisse der Gemeinde nicht überschritten werden“. — Bürger, merkst Du etwas? Der Herr Minister Lipinski schreibt dazu: „In dieser umfassenden Formel ist der Gemeinde voller Spielraum gegeben, zu übernehmen, was sie nach vorhandenen Mitteln und Kräften übernehmen kann. Eine Ausführung der einzelnen Aufgaben der Gemeinden erübrigt sich dadurch.“ Der Hansabund schreibt sehr richtig dazu:

„Diese wenigen, scheinbar harmlosen Zeilen in dem Entwurf mit der genannten Erläuterung besagen nicht mehr und nicht weniger, als daß auch in wirtschaftlicher Beziehung die Wünsche der sozialdemokratischen Partei auf dem Wege der Umänderung der Gemeindeverfassung verwirklicht werden sollen. Hierzu hat gleichfalls der mehrheitssozialdemokratische Parteitag in dem sogenannten Programm-Entwurf, der inzwischen in den „Örtlicher Entwurf“ überarbeitet worden ist, eine Reihe von Punkten aufgestellt, von denen die wichtigsten hier wiedergegeben werden:

1) Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisation des Verkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte evtl. durch Zwangsgenossenschaften. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzveränderung.

2) Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Ausbau des Hypothekenwesens.

3) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten; Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. (vergl. §§ 98—100 des Gesetzentwurfes, welche das Begleitschreiben Lipinski selbst als „Kommunalisierung des Bezirksverbandes“ bezeichnet.)

4) Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

5) Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

6) Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

7) Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und Vertriebes von Heilmitteln und Sanitätswaren. (Anmerkung: Hierzu gehört natürlich schon die Beschaffung der Rohstoffe für die Herstellung von Heilmitteln aus dem In- und Auslande, die chemische Industrie, der gesamte Drogenhandel, die Herstellung von Verbandstoffen, Gummwaren, Instrumenten usw.)

8) Vergeellschaftung des Wohnungswesens. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht.

9) Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

10) Unentgeltliche gleichartige Totenbestattung.

11) Einrichtung von Betriebsräteschulen.

12) Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Alle diese Wünsche der sozialdemokratischen Partei (wohlgemerkt, der angeblich gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten!) sind in dem Entwurf der neuen Gemeindeordnung verwirklicht, alle scheinbaren Forderungen auf verwaltungsrechtlichem Gebiet sind nur Mittel zu diesem Zweck.

In dem gleichen Sinne, in dem der Hansabund schon bisher genötigt war, gegen alle das freie Wirtschaftsleben vernichtende Pläne der Sozialisierung und Kommunalisierung Stellung zu nehmen, kann er auch den Entwurf der sächsischen Regierung für das neue Gemeindegesetz nicht un widersprochen lassen und erhebt deshalb hiermit öffentlichen Protest gegen die von der sächsischen Regierung gefaßten Pläne zur Erdrosselung des freien Wirtschaftslebens.“

Hier hilft nur eines: Nimm den bürgerlichen Stimmzettel zur Hand und wähle!

Raunhofer Bürger-Ausschuß
(Bürgerrat) e. V.



Kraft
schaffil
n
rden
ere:

ankaltet die
auhof eine
ammlung

Bedeutung
s Grimma.
ff eingeladen.
orsitzender.

otenfest
he Auswahl in
Herbst-
nenkränzen
ul, (triebbedrirt).

ikate
urch die Firma
Fernspr. 136

iebsun-
ntritte-
erhöhen.
F

Erst
für die
ohne
Gew
keine

Nummer

- * Die Rob
- Steuerfaj so
- * Vor dem
- eine Resoluti
- rung der Ei
- * Englische
- Sicherung de
- zu gewähren.
- * Der ungs
- verweiser den
- verweiser beh
- gierung, die
- * Präside
- unterzeichnet
- land erklärt

Zu dem
schen Ause
Kreditlage
schrieben:
Wie die
nen Vereini
gleichfalls e
deutschen J
sich danach
die Not des
haben und
Besitz des d
gen. Man
eine patriot
zur Stärkun
Sanierung
Auslieferung
vaten Groß
licher Grund
gesamt seien
meinwohl u
Mitteln abg
Solche
und der Reg
Verhandlun
Wenn nicht
Reichsta
Erfassung d
haben sei.
sich gar nich
lösung und
noch über d
erschweren, i
fallstage un
lichen Mitte
schaffen könn
„Erfassung d
und Neuwa
schlossen wü
Erfolg haben
nen Verhältn
ankommen k
litischen Kon
dacht sind, d
tische Katast
sehen. Jed
schaften vern
bitangebot d
geseht denkt
wie bei der
die den verj
Spitze der J
der leitender
berg, einem
Herr Bloedn
der Deutsche
anderen Sel
Richtung. I
würfe an
mindesten w
gung Aber
der muß,
einzig und a
in leidensch
schlag der J
staus einen
sammenfassu
einem prakti
es vorzuzieh
Staats wege
Industrie aus
mühungen d
langt, sonder
furchtbare D
Womai zu V
kaum daß sie
neuen abgela
Tatsächl
Weg zu find
Januar 1922
terten zu erf
a l l e r D e u t
kommen wir